

28. FEB. 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVII/50 - 28. Februar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Bonner Dschungel</u> Seit 120 Tagen ohne Führung	39
2	<u>Europa in der Schwebel</u> Harte Nuss für die Außenminister der EWG-Staaten	45
3	<u>"Unvorstellbar"?</u> Innenminister Höcherl und die Konfessionalisierung des deutschen Hochschulwesens Von Lothar Schwartz, Mainz	34
4 - 5	<u>Die Revolution in der Türkei dauert an</u> Kann Ministerpräsident İnönü die Lage meistern? Von Dr. Basil Kalthopoulos	85
6 - 7	<u>"Die blutenden Grenzen Asiens" (XI)</u> Südostasiatisches Kaleidoskop Von Erwin Erasmus Koch	92

* * *

* *

Bonner Dschungel

Seit 120 Tagen ohne Führung

sp - Wahrscheinlich gereizt durch witzelnde Bemerkungen in mehreren grossen Karnevalsitzungen, haben sich CDU und FDP veranlasst gesehen, mit tiefem Ernst jene Kritiker des Zeitgeschehens in die Schranken zu weisen, die es gewagt haben, von einer nichtfunktionierenden Regierung zu reden oder zu schreiben. Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass die nunmehr seit rund 120 Tagen amtierende Koalitionsregierung ausser den bereits abgegriffenen Ministererklärungen kaum dazu gekommen ist, so etwas ähnliches wie eine Führung der deutschen Politik zu repräsentieren.

In der Aussen- und Innenpolitik geht es wild durcheinander, der Kaliseenkampf um die von der FDP geforderten Staatssekretäre wird mit unverminderter Heftigkeit - trotz gegenteiliger Erklärungen - weitergeführt. Bei den nunmehr beginnenden Beratungen über den neuen Bundeshaushalt versucht ein Minister dem anderen ins Kreuz zu treten und so allem Überflusse werden auch in Personalfragen Turnübungen veranstaltet, die selbst von Fachleuten nicht mehr korrekt gewertet werden können.

Wenn es sich bei all diesen Vorgängen nur um ein Freiwildringen zwischen FDP, CDU und CSU handeln würde, könnte man zur Tageseranzung übergehen. Wenn es Spass macht, dürfte sich kostenlos daran ergötzen; das Leben würde seinen gewohnten Gang weitergehen.

Man schweben aber in einer Demokratie die politischen Parteien nicht im luftleeren Raum. Sie tragen - ob in der Regierung oder in der Opposition - die Verantwortung für den Staat, für die Gemeinschaft unseres Volkes.

Deshalb sind die von den Regierungsparteien zur Verschleierung ihrer internen Auseinandersetzungen angewandten Taktiken und Praktiken unserem Staatswesen abträglich. Man weiss heute noch nicht, ob die Regierungspartner das feierlich verkündete "Koalitionsabkommen" ernstnehmen, oder für einen "Fetzter Papier" halten.

Man braucht nur einmal in der Ministerialbürokratie von Bonn zuzuhören, wie dort die Situation beurteilt wird. Seriöse Beamte sagen ganz offen, sie arbeiten seit 120 Tagen "auf Verdacht", was soviel heissen will, dass sie dringende Entscheidungen mangels einer politischen Führung auf die lange Bank schieben.

Wenn jetzt noch der 86-jährige Chef wieder auf Urlaub fährt, ist voranzusehen, dass nur noch Routineangelegenheiten "erledigt" werden. Dabei braucht die deutsche Politik gerade in den vor uns liegenden Monaten, da grosse Entscheidungen über das Schicksal unseres Volkes zu erwarten sind, ein Höchstmass von innerer Geschlossenheit.

Europa in der Schwebel

ep - Noch immer liegt tiefes Dunkel über dem Gespräch, das der französische Staatspräsident de Gaulle mit dem deutschen Regierungschef Adenauer in Baden-Baden geführt hat. Zwei Wochen nach dieser Begegnung ist die Welt auf Mutmaßungen angewiesen. Die bisher offizielle Version, das Treffen beider Staatsmänner sei äusserst fruchtbar gewesen, die Idee der europäischen Zusammenarbeit hätte neue belebende Impulse erhalten, das bestehende innige deutsch-französische Verhältnis sei gefestigt worden, scheint mehr einem Wunschdenken zu entsprechen. Das Ganze sieht eher nach einer sehr weitgehenden, den Prozess der europäischen Integration infrage stellenden Kapitulation vor den sehr bestimmten Europavorstellungen de Gaulles aus und der besonderen Rolle, die ein von der Last des Algerienkrieges befreites Frankreich zu spielen hat.

Wohlthuend, weil die Nebel beseitigend, hebt sich von der üblichen immer Schönfärberei der Kommentar von "Le Monde" ab. Er gelangt zu der nüchternen Feststellung, der Kompromiss (eine weiche Umschreibung der Deenauerschen Kapitulation, d.R.) schliesse, zumindest für einige Zeit, jede Hoffnung aus, dass das politisch geteilte Europa aus übernationalen Organen hervorgehen werde. Das ist, trifft sie zu, eine harte Feststellung, wohl geeignet, bei allen Europäern Bestürzung auszulösen.

De Gaulles Vorstellung von einem Europa der Vaterländer, das die Souveränität der Einzelstaaten unberührt lässt, die bestehenden europäischen Gemeinschaften EWG, Kommanunion und Euratom nur auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt, lässt sich schwer mit der Zielsetzung der Römischen Verträge vereinbaren, die immer noch die theoretische Grundlage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sind. Der französische Staatschef gibt damit den Grundsatz der Integration im politischen Bereich preis. Seine politische Union, die ihm vorschwebt, würde das Europa-Parlament endgültig zur Statistenrolle verurteilen, die so notwendige parlamentarische Kontrolle der bestehenden Gemeinschaften auf ein Minimum reduzieren, den Prozess der Integration Europas rückläufig gestalten - eine trübe Aussicht für alle, die soviel Mut, Kühnheit, Energie und visionäre Schau für ein neues Europa, nicht der Vaterländer, wohl aber der Völker, aufbrachten. Der Präsident des Europäischen Parlamentes, Professor Fayler, sucht hier mit seinen Sorgen und Befürchtungen nicht allein. Dass er mit seinen Warrungen die Flucht in die Öffentlichkeit antret, ist wohl bezeichnend für das Unbehagen, das auch bei ihm das Ergebnis von Baden-Baden erlöste.

Die Europa-Pläne müssen neu durchdacht und neu geschrieben werden. De Gaulle erstrebt eine Koalition, die Römischen Verträge erstreben eine Integration - beide schliessen einander aus. Die Ausserminister der sechs EWG-Staaten, die am 20. März in Luxemburg zur Bereinigung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten zusammenkommen wollen, befinden sich angesichts der Starrheit des grossen alten Karnes in Frankreich in keiner bequemen Lage. Was sie vorhaben, grenzt schon an die Quadratur des Kreises. Diese ist aber bisher noch nirgendwo gelungen ...

"Unvorstellbar"?

Von Lothar Schwartz, Mainz

In der letzten Fragestunde des Bundestages gebrauchte der Bonner Innenminister H ö c h e r l (CSU) die starke Vokabel "unvorstellbar", als er die Frage des SPD-Abgeordneten Ulrich Lohmar nach Konfessionslosenausbildungsbestrebungen an westdeutschen Hochschulen beantwortete. Der sozialdemokratische Kulturpolitiker hatte dabei offenbar die durch Ländererlasse in einigen Bundesländern hervorgerufene Entwicklung im Auge.

Die Antwort des Bundesinnenministers in allen Ehren! Auf Länderebene verliert sie allerdings an Überzeugungskraft. Dazu ein Beispiel aus Rheinland-Pfalz, dessen Kultur- und Schulpolitik nicht gerade ein Alibi für den in Wahlkampfzeiten so gern und oft betonten "Unionsgedanken" ist.

Eine Abiturientin katholischen Glaubens möchte Volksschullehrerin werden. Die junge Dame, Tochter einer Krügerwitwe, hielt es aus finanziellen Gründen bis vor wenigen Tagen für einen Glücksfall, dass sich an ihrem Heimatort eine Pädagogische Hochschule befindet. Beim dortigen Versuch der Anmeldung erlebten Mutter und Tochter jedoch eine herbe Enttäuschung. Die evangelische Lehrerhochschule in ihrer Heimatstadt darf nämlich keine katholischen Studierenden aufnehmen. Sie müssen die dafür vorgesehene, in speziellen Fällen 65 km entfernte Anstalt besuchen! Macht laut Rechnung der betroffenen Bewerberin monatlich rund 200,- DM Mehrausgaben für das geplante Studium aus.

Mutter und Tochter haben bei ihrer Kirche ebenso vergeblich wie beim Rheinland-pfälzischen Kultusministerium um eine Ausnahmegenehmigung ersucht. Auch ihr Hinweis, dass konfessionslose Bewerber bei Aufnahme eines Lehrerstudiums die Ausbildungsstätte frei wählen können, fruchtete nichts. Diese groteske Situation resultiert allerdings aus einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das vor zwei Jahren konfessionsloser Interessenten erst den Zugang zu einer Pädagogischen Hochschule in Rheinland-Pfalz öffnen musste!

Die im Übrigen nach wie vor konfessionell streng getrennte Lehrerausbildung wird in Mainz mit allem Nachdruck mit dem Hinweis auf die Landesverfassung verteidigt. Die Frage, ob sie in diesen Teilen angesichts solcher Einzelfälle und in Beziehung zum Grundgesetz der Bundesrepublik jedoch Ewigkeitswert haben muss oder haben kann, erscheint erst recht nach der ministeriellen "Unvorstellbar!" aus Bonn mehr als berechtigt!

Die Revolution in der Türkei dauert an

Von Dr. Basil Mathopoulos

Allein dem Geschick und der langjährigen politischen Erfahrung des türkischen Ministerpräsidenten İsmet İnönü kommt das Verdienst zu, dass der neuerliche Militärputsch in der Türkei bereits in seinen Wurzeln erstickt werden konnte. Der Einfluss und die Elastizität des alten Praktikers erwies sich als krisenbeständiger, als es die jungen 500 Kadetten der Garnison von Ankara wahrhaben wollten. So musste denn ihr Versuch, in der Nacht vom 22. Februar die Regierung zu stürzen und eine neue Militär-Junta einzusetzen, scheitern.

Im Hintergrund die Galgen

Eine genaue Analyse der jüngsten Ereignisse ist für die Aussenwelt bei den spärlichen Informationen noch schwierig. Unwillkürlich drängen sich jedoch die Erinnerungen an die Revolution vom Mai 1960 auf und die wohl berechtigte Vermutung, dass sich die tiefen Sorgenfalten auf dem türkischen Halbmond noch immer nicht geglättet haben. Von einer Konsolidierung der innenpolitischen Lage in der Türkei zu sprechen, dürfte nach den jüngsten Vorkommnissen etwas gewagt sein. Sitzt wirklich bereits der Kern im derzeitigen türkischen Staatsgebilde? Tatsache ist, dass die un-tergründigen Nachwehen des unseligen Menderes-Geistes jedes normale parlamentarische Leben bedrohen. Die Urteilsvollstreckung durch den Strang konnte nicht verhindern, dass das realpolitische Erbe des Regimes von der sogenannten "Gerechtigkeitspartei" übernommen wurde, die sich in eine Regierungskoalition mit der Volkspartei İnönüs hineinmanövrierte konnte.

Latente Krise

Schon bald begannen aktive Kräfte aus den Reihen der alten Menderes-Anhänger die wirtschaftliche Unzufriedenheit der zuvor sehr geförderten landwirtschaftlichen Bevölkerungsschichten für ihre Ziele auszunutzen und spärten an den verschiedenen Schwerpunkten des Landes das Netz gegenrevolutionärer Tätigkeit. Die verantwortliche staatliche Untersuchungskommission - ein noch vielbeschäftigtes Überbleibsel aus den Tagen der Revolution - versuchte diese Entwicklung abzufangen, indem sie belastete höhere Staatsbeamte verhaften liess. Die Gerechtigkeitspartei machte sich aber als Koalitionspartner als deren Anwalt stark und drohte mit dem Austritt aus der Regierungsverantwortung. So geriet das Land wieder in eine latente innenpolitische Krise, deren Entladung nur eine Frage der Zeit war.

Armee - Zünglein an der Waage

Zünglein an der Waage - nach wie vor! - war die Armee. Sie erklärte, dass sie im Fall einer akuten Krise auf der Seite der Regierung stünde. Die Militärs verzichteten auf die gebotene innenpolitische Zurückhaltung und erklärten: Sollte die Gerechtigkeitspartei aus der Regierung austreten und somit erneut ein innenpolitisches Vakuum verursachen, würden sie die Abgeordneten dieser Partei zur Niederlegung ihrer Mandate zwingen und neue Teilwahlen ausschreiben. Ministerpräsident İnönü distanzierte sich von diesem Vorschlag, denn er konnte voraussehen, dass die aktive

Beteiligung des Militärs die Situation nur weiter verwirren musste. Er konnte seinerseits den Führer der Gerechtigkeitspartei, General Simush-pala, veranlassen, seinen angedrohten Rücktritt nicht zu verwirklichen. Dieses Übereinkommen zwang nun die radikalen Elemente der Menderes-Anhänger zur Mäßigkeit und damit schien - mindestens vorläufig - die Krise beigelegt zu sein.

Die stürmischen Jungtürken

Man hatte jedoch die spontane Aktivität jüngerer Offizierskader nicht mit einkalkuliert. Sie hatten offensichtlich nur auf einen stichhaltigen Vorwand gewartet, um sich die Herrschaft über die politische Lage zu verschaffen. Es ist kein Geheimnis, dass die Hitzköpfe der denkwürdigen Militärjunta vom 29. Mai 1960 sich nicht mit der Tatsache aus-söhnen konnten, dass schliesslich die Politik wieder das Staatstester übernehmen sollte. General Gürsel hatte zwar vorsorglich Oberst Türkesch und 13 andere Offiziere, die gleich ihm eine radikale Lösung anstrebten und einen neutralistischen aussenpolitischen Kurs befürworteten, in entlegene Botschafter im Ausland "verbannt". Das hinderte jedoch den Botschafteras Türkesch in Neu-Delhi nicht, durch seine Vertrauensleute die Fäden in der Hand zu behalten. Die Nation wartete auf die Prozesse gegen die kürzlich im Rahmen der Säuberungsaktion verhafteten Staats-beckten - die ungeduldeten jungen Männer in Uniform proklamierten über Nacht die radikale Lösung und versuchten das Heil im Militärputsch.

Die widersprechendsten Nachrichten kursierten! Die Rundfunkrede İrönüs wurde unterbrochen, man sprach von seiner Entführung, von Kämpfen zwischen Heer und Luftwaffe. Nach stundenlanger Unklarheit löste sich das Dunkel zugunsten der Regierung. Generalstabschef Sunay konnte ernstes Blutvergiessen verhindern und die Kadetten in die Kasernen schicken. Die Flamme der Militärrevolution war nicht auf die gesamte Heeresmacht übergesprungen.

Keine Lösung der Probleme

Ob das als Triumph demokratischer Besonnenheit gefeiert werden kann? Der "augenscheinliche" Niederschlag des Militärputsches löst nicht die tiefgreifende Frage, die ihn ermöglichte: Hat die Revolution von Mai 1960 ihr Ziel erreicht? Kann sie es überhaupt unter den gegebenen Verhältnissen? Die militärischen Heißsporne verneinten die Frage und reagierten entsprechend. Noch hört der grösste Teil der Armee auf General und Staatspräsident Gürsel und damit der zivilen politischen Macht. Die Regierung wird aber alle Anstrengungen machen müssen, um aus dem "noch" nicht ein "nicht mehr" werden zu lassen, sonst ist das Ende des letzten Aktes im innenpolitischen Machtspiel, der mit den Demonstrationen türkischer Studenten in Samsun und Konstantinopel im Frühjahr 1960 begann, noch ungewiss.

"Die blutenden Grenzen Asiens" (XI)

Südostasiatisches Kaleidoskop

Von Erwin Erasmus Koch

Am River Kwai, Februar 1962

Der "Jungle", wie er in Thailand guttural genannt wird, der "Dschungel", kocht in lastender, dampf-feuchter Hitze. Es mögen mehr als 40 Grad Celsius sein. Drüben liegt sie, die berühmte, berühmte Brücke am River Kwai und überspannt weit den gurgelnden, rauschenden, unheimlichen, im Augenblick aber Lieblichen Fluss. Auf einer Sandbank schneiden Bauern und Fischer in ihren spitzen, breitrandigen Hüten frühlingsfrisches Schilf. Ihr Singen dringt bis zum steil abfallenden Ufer, und dahinter, unklammert von Dschungel, liegen die drei Friedhöfe, fast dreissigtausend Gräber alliierter Soldaten, Engländer, Holländer, Norweger, die Toten fast aller gegen Japan vor zwanzig Jahren kämpfenden Nationen. Diese Männer hatten als Gefangene eines grausamen, unbarmherzigen Feindes die Brücke gebaut und die Railway, die hier, hart an der Grenze nach Burma durch Dschungel und Gebirge, schliesslich zur "Burma-Strasse" wurde.

Giftschlangen

Die Gefahren des Urwalds sollten nicht unterschätzt werden; sie waren hier kaum Panther und Tiger oder die wilden Elefanten, sie sind tiefer zum Süden an die Grenzen von Laos und Kambodscha abgewandert; die tödlichen Gefahren bilden die Giftschlangen und ihre artverwandten Würmer, vor allem die Kobras, Vipern und die "Elephant-Snakes", sowie die Pythons von meterlangen Ausmaßen. Dazu die fingergrossen schwarzen Skorpione. Wer gebissen oder gestochen wird, kann nicht überleben. Das Antitoxin fehlt, es gibt im Dschungel noch keine von Ärzten betreuten Hilfsstationen. Ich musste also auch beim Filmen die Augen immer wieder nach oben und unten richten, aus jeder Zuckerpalme oder wilden Bananenstaude konnte plötzlich ein scheinbar starrer Zweig sich als "Snake" offenbaren. Thailand ist das von Kobras am meisten verseuchte Gebiet Asiens, und auch die "Kongs", die ungezählten Wasserläufe, sind von vielen, oft gefährlichen Schlangenarten durchsetzt.

In diesen Dschungeln arbeiteten vor zwanzig Jahren Zehntausende und ehemals Zehntausende "white coolies", weisse Küllis, die Kriegsgefangenen der Japaner. Sie starben vor Erschöpfung, am Hunger, an Schlangenbissen, an der Malaria. In den Schreinen am Eingang jedes Dschungelfriedhofs zählten die Namen der Toten hochgestapelte Bände, viele der Toten aber blieben unbekannt.

Dschungelkrieg

Steht Asien vor einem neuen grossen Krieg? Die Frage bildet eine lastende Drohung, eine auf die Dauer abstumpfende Ungewissheit. Der Dschungelkrieg ist jedenfalls länger im Gange, doch nach gänzlich anderen Vorstellungen, als sie in Europa und überhaupt im Westen herrschen. Den Bauern von Laos und Kambodscha ist es gleich, unter welchem Regime sie ihr Leben fristen, wenn sie nur ihre Tage und Jahre wie bisher, möglichst im Nichtstun, verbringen können. Keinen Thai, keinen Khmer oder Annamiten

würde es einfallen, auch nur eine Hand zu rühren, so lange er noch genug vom Leben hat. Nur das Setzen der Reisspröselinge zwingt Männer und Frauen aus ihren beharrlichen Dahindämmern, und dann die Ernte oder ein Fischzug. Sie werfen die Netze aus, wenn der Magen knurrt, aber nicht öfter.

Die kommunistischen Guerillas können schwerlich auf Erfolge hinweisen, derart etwa, dass sie im Dschungel Dorfschwjets einzurichten vermöchten. Eine Zumutung von Arbeit im Kollektiv käme dem Einfall von offenbar Nahnemigen gleich. In Südvietnam versuchte es übrigens der Staatsführer Nien mit "Agrovilles", befestigten, zwangsweise besiedelten Dschungel-Lagern. Er fand damit ebenfalls nur Ablehnung. Was Laos angeht, so verpulvern die Roten und die Weissen neuerdings gern Munition; sie schießen mit ihren Granatwerfern planlos irgendwohin. Man bereitet sich eine Art erheitertes Feuerwerk. Gefechte werden in Laos nicht erbittert wie von den Vier König und den Südvietnam-Soldaten geführt. Die Schicksale von Laos und Kambodscha hängen davon ab, wie der Krieg in Vietnam ausgehen wird. Offenbar wird aber aus dem Norden unter dem Befehl der Beauftragten noch Esetzungen eine grössere Offensive vorbereitet. Die fast zehntausend nach Laos eingeschickerten Guerillas sprechen dafür und strafen alle angeblichen Fortschritte der letzten "Drei-Prinzen-Konferenz" in Genf Lügen.

Kommunismus - Buddhismus

Eine merkwürdige Tatsache fiel mir auf. Ein Phänomen? Der Kommunismus ist in Südosten Asiens dort am meisten verbreitet, wo der Buddhismus fortlebt, sichtbar zumeist in den Mönchen der Sekten des Gelbwützen-Ordens, der Gelugpa-Priester, das heisst: der Tugendhaften. Das trifft für Nepal ebenso wie für Burma, für Laos und Kambodscha zu - und auch für Südvietnam. Man könnte diese Erscheinung so analysieren: Weil die Bauern abergläubisch sind, suchen sie in den buddhistischen Tempeln Trost und Zuflucht. Dort dürfen sie um die Enthüllung ihres Schicksals "knobeln". Der Priester schüttelt einen Becher, angefüllt mit rund zehn Zentimeter langen, nummerierten Stäbchen. Für jede gezogene Nummer ist an der Tempelwand vor einem Abreissblock eine Weissagung abzureissen. Das Ganze kostet natürlich einen kleinen Obulus für die Kirche. Die Kommunisten bemühen sich (in strategisch geschicktem Einfall), da und dort einen oberen Priester für sich zu gewinnen. Seine Worte haben Geltung; sie sind der Befehlsgang sicher, so die Losung: "Alles Land den Pflügern!" Dass schliesslich die Kommunen das genaue Gegenteil der Parole bedeuten, steht auf einem anderen Blatt.

"Prosperity" in Thailand

In Thailand macht man mit kommunistischen Agenten kurzen Prozess. Die Partei ist von König und Parlament verboten; ihre Agitatoren werden "liquidiert". Der Staat der Thai stellt ein Muster von Ordnung in Südostasien (gegerwärtig jedenfalls) dar. Die Anlehnung an die USA brachte die schon berichtete "Prosperity". Man muss den Strassen- und Wegebau als vorzüglich bezeichnen. Mit bundesdeutscher Entwicklungshilfe soll ein Eisen-Aufbereitungswerk entstehen. Bonn betreibt auch die Entsendung von handwerklichen Lehrmeistern und die Einrichtung von Meisterwerkstätten. Den Rahmen der Geschäfte schöpfen die Auslandchinesen und - die Engländer ab. Eine ähnliche "Prosperity" erlebt das den Briten verbundene, mit der Thai eng befreundete Malaya. Thailand und die Malayische Konföderation lieben sich, weil sie in einem Boot sitzen, dessen Steuer die SEATO führt.